



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

311 (10.7.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186256](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186256)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Colbmann, Verantwortlich für Politik: J. D. R. Schönbauer, für Feuilleton: L. D. A. Maderna, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: R. Schönbauer, für Handel: Franz Krieger, für Anzeigen: Anton Gröber, Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Schloßstr. 10, Mannheim, Druck-Abz.: General-Anzeiger Mannheim, Postfach-Nummer Nr. 1799, Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7949.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 1000. Kolonnenzeile 50 Pf., Finanziellen und Anzeigen von Vertriebsorganen 65 Pf., Restanten III. 2 50. Anzeigenpreis: Mittagsblatt vereinigt, 3/4 Uhr, Abendblatt vereinigt 2 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Veranwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich III. 2 50 mit Belegkarte. Postbezug: Dittell III. 7 02 einschließlich Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt III. 7 20. Einzel-Nr. 10 Pf.

Der Friede von Versailles.

Die Ratifikationsurkunde abgehandelt.

□ Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die Ratifikationsurkunde ist gestern Nacht vom Reichspräsidenten Ebert unterfertigt und nach Versailles abgehandelt worden.

Entsendung zweier Kommissionen nach Paris.

□ Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Nach Eintreffen des zustimmenden Bescheides der Entente hat sich der Unterstaatssekretär Lewald an der Spitze einer Kommission nach Paris begeben, um über das Abkommen betreffend die Befestigung der Rheinlande zu verhandeln. Gleichzeitig hat sich eine Kommission unter Führung des Unterstaatssekretärs Schröder vom Reichsfinanzministerium nach Paris begeben, um über die Frage der Wiederherstellung des zerstörten belgisch-französischen Gebietes zu verhandeln. Die beiden Kommissionen werden vollkommen getrennt von einander arbeiten.

Aufhebung der Blockade und ihre Wirkung.

□ Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Von unterrichteter Seite wird der „B. Z.“ gemeldet, daß nach der vollzogenen Ratifikation des Friedens durch die deutsche Nationalversammlung und den Reichspräsidenten die Aufhebung der Blockade und der vom Obersten Wirtschaftsrat der Alliierten verfügten Handelsbeschränkungen mit Deutschland am Samstag oder spätestens am Sonntag erfolgen werde. Die unmittelbare Wirkung der Aufhebung der Blockade wird ein starkes Zufließen von Waren und Lebensmitteln aller Art nach Deutschland sein. Privatfirmen haben in den letzten Monaten fast ausnahmslos mit Unterstützung der Reichsregierung große Einkäufe in den neutralen Ländern befristet, hauptsächlich in Oel und Laubak, die nach erfolgter Aufhebung der Blockade möglichst schnell nach Deutschland hineingebraucht werden sollen. Auch Lebensmittel sind in sehr beträchtlichen Mengen angekauft worden und sollen mit möglichster Beschleunigung den Auftraggebern geliefert werden.

Wiederoöffnung des Badischen Bahnhofs in Basel.

□ Lörrach, 9. Juli. (W. B.) Der Badische Bahnhof in Basel wird in der Zeit vom 15. bis 20. Juli wieder dem allgemeinen Verkehr übergeben werden. Es verkehren in jeder Richtung 7 Züge. Ein besonderer Fahrplan wird noch herausgegeben.

Fiume — Reichsstaat.

Bern, 9. Juli. (W. B.) Wie der Pariser Mitarbeiter des „Secolo“ dröhelt, kann aus der Komreise Titonis noch nicht geschlossen werden, daß eine bestimmte Lösung des Adriaproblems bereits erfolgt ist. Titoni wird nur die Regierung und die Parteivertreter über die politische Lage und die Zustände in Fiume, die Italien im besten Falle vertreten könne, unterrichten. Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ will sogar bereits erklären können, daß Fiume angehängt der Haltung der Amerikaner auf jeden Fall Reichsstaat werde. Uebrigens soll Titoni, nach dem „Corriere della Sera“ die Parteivertreter in Rom darauf aufmerksam machen, daß es den italienischen Interessen schaden könne, wenn die Presse die Vorgänge in Fiume zu sehr beleuchtet.

Wird die russische Blockade aufgehoben?

Amsterdam, 9. Juli. (W. B.) Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Ich erfahre, daß der oberste Vertreter des Wirtschaftsrates am 15. Juni von Sir Maurice Hankey, der als Sekretär des Rates der Vier tätig war, ein Schreiben erhielt, in dem mitgeteilt wird, daß es nicht in der Absicht der Alliierten liege, nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Blockade gegen das bolschewistische Rußland aufrecht zu erhalten. Ich kann für die Richtigkeit dieser Tatsache, daß ein solcher Beschluß am 15. Juni gefaßt wurde, einstehen, bin jedoch nicht in der Lage, versichern zu können, ob man sich während der letzten Tage daran gehalten habe. Wenn der russischen Blockade ein Ende gemacht werden sollte, dürfte es unmöglich sein, Deutschland davon zu hindern, einen Teil seines Kriegsmaterials, zu dessen Auslieferung es laut Friedensvertrag verpflichtet sei, nach Rußland auszuführen.

Die Freiheit in Deutschböhmen.

Dem Chefarzt der Bissener Staatsbahndirektion, Dr. Glaser, welcher fast 30 Jahre bei der Bissener Direktion tätig war, wurde seitens der Direktion im Auftrag des tschechoslowakischen Eisenbahnministeriums ohne Angabe von Gründen dreimonatlich gekündigt. Der Organisator der deutschen Eisenbahnen und Eisenbahn-Gewerkschaftsführer, Staatsbahnpräsident Adolf Bielek, wurde nach mehr als 20-jähriger Dienstzeit ohne Untersuchung, ohne Verfahren, sowie ohne Anerkennung von Pensionsgebühren ohne Kündigungsfrist und ohne Angabe irgendwelcher Gründe entlassen. Bielek hatte seinerzeit das geforderte Gelöbnis und jetzt zuletzt auch den Diensteid auf die tschechoslowakische Republik geleistet. Grund dieser Entlassungen: Das Deutschtum der Beamten. — Vor einigen Wochen wurden in Komotau und Umgebung 34 ehemalige länger dienende deutsch-böhmische Unteroffiziere verhaftet, erst nach Theresienstadt und von dort nach Prag in den Garnisonsarrest eingeliefert. Sie mußten drei Wochen warten, ehe sie vor den Untersuchungsrichter geführt wurden. Einer von ihnen ist schwer lungerkrank, bereits im Vorjahre mußte er eine Heilstätte aufsuchen. Im Prager Garnisonsarrest sind sie in einen kleinen Raum eingesperrt; sie müssen körperlich und geistig verkommen und dahinsiechen. Frauen und Kinder dem Elende preisgegeben. Ihr einziges Verbrechen besteht darin, daß sie sich nicht für den tschechoslowakischen Staat erklärt, sondern daß sie einen wirtschaftlichen Verband gegründet und ihre Lage von der deutschösterreichischen Regierung weiter bezogen haben. In dem Hause, wo jetzt die deutschböhmisches Unteroffiziere ein-

gekertert sind, war seinerzeit Dr. Kramarich, des Hochverrats überwiegen, eingekertert. Seine Lage war ungleich besser, er konnte und durfte sich freier bewegen als diese 34 unglücklichen Menschen, denen von außen keine Hilfe gebracht werden kann. Denn wiewohl die Führer der tschechischen Sozialdemokratie, die auch Minister sind, um das Schicksal dieser Armen wissen, tun sie doch nichts, um der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Jeder Appell an das soziale Gewissen ist bei dem tschechischen Chauvinismus vergeblich. Und dann sprechen diese Kreise von einem „Entösterreichern“!

Zur Auslieferung des Kaisers.

Man schreibt der „Deutschen Orient-Korrespondenz“: In seiner letzten Unterhaus-Rede hat Lloyd George Mitteilungen über die Frage der Auslieferung des Kaisers und seine spätere Aburteilung vor einem in London zusammentretenden Gericht gemacht. Jetzt kommen nun über Holland Nachrichten aus den Vereinigten Staaten und aus Frankreich, nach denen diese Mitteilungen Lloyd Georges in unterrichteten politischen Kreisen jetzt Erlaubnis und Bestimmen hervorgerufen haben sollen. Von Lansing wird ja eine Aeußerung übermittelt, er habe gar nichts von einem Abkommen gehört, nach dem das Ersuchen um Auslieferung des Kaisers eine gerichtliche Verhandlung bezwecke; er könne es nicht glauben, daß Wilson ein solches Abkommen getroffen haben sollte, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen.

Man kann nur annehmen, daß es sich bei diesen Meldungen um eine irrtümliche Berichterstattung oder aber um eine absichtliche Irreführung handelt. Was zunächst die französischen politischen Kreise betrifft, die über Lloyd Georges Mitteilungen erstaunt sein sollen, so ist noch daran zu erinnern, daß erst vor wenigen Tagen der Minister Richon die amtliche Erklärung abgegeben hat, Frankreich würde als „Strafe für den Kaiser die lebenslängliche Internierung beantragen. Man weiß also in ganz Frankreich nicht nur allein, daß ein Gerichtsverfahren stattfinden soll, sondern man kennt auch bereits schon den Antrag des französischen Vertreters in dem Gerichtshof, obwohl ja bekanntlich das Verfahren noch nicht einmal eröffnet ist, da sich der Beschuldigte einstweilen noch im Schutze der niederländischen Regierung befindet. Ebenso unbegreiflich ist nun aber auch das angebliche Befremden in den Vereinigten Staaten, wo man bekanntlich inzwischen über den Wortlaut des Friedensvertrages ganz genau unterrichtet ist. Im Artikel 227 ist ausgeführt, daß die alliierten und assoziierten Mächte also Wilhelm II. wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der gebilligten Macht der Verträge unter öffentliche Anklage stellen. Ein besonderer Gerichtshof soll dafür eingesetzt werden, um sodann über den Angeklagten zu Gericht zu sitzen; in dem Gerichtshof werden die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan vertreten sein. Die alliierten Mächte werden nun an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern.

Wie kann Lansing daher diesen Bestimmungen des inzwischen von Deutschland nun angenommenen Friedensvertrages gegenüber behaupten, von einem Abkommen nichts zu wissen, das eine Auslieferung des Kaisers zu einer gerichtlichen Verhandlung bezwecke? Es ist doch undenkbar, daß Wilson seinem in Paris anwesenden ersten Berater sonst den Text des Friedensvertrages verheimlicht haben soll. Daß die öffentliche Meinung in Amerika und Frankreich über die Auslieferung des Kaisers erregt ist, darf gar nicht wunder nehmen, wenn man die teilweise offiziellen Kommentare verfolgt, mit denen jetzt die englische Presse die Mitteilung Lloyd Georges behandelt. Da werden sogar bereits Einzelheiten über die Unterbringung des Kaisers den Sitz des Gerichtshofs und das zu erwartende Urteil erzählt. Tatsache ist, daß weder die Vereinigten Staaten noch Frankreich an dem schamlosen, brutalen und jedem Gerechtigkeitsgefühl gänzlich widersprechenden Strafverfahren gegen Wilhelm II. irgend welches Interesse gehabt haben. Die führende Rolle in dieser Frage hat ja von vornherein England gespielt. Und wer den Charakter des englischen Volkes, der in Lloyd George, „dem Mann aus dem Volke“, seine Verkörperung findet, kennt, für den bestand nicht der geringste Zweifel, mit welchem Endziel dieses Strafverfahren demnach in die Wege geleitet wurde.

Zwei Triebfedern waren dabei ausschlaggebend: das schlechte Gewissen und der Sadismus. Lloyd George, und mit ihm jeder englische Politiker, weiß genau, daß der Hauptschuldige an dem Weltkrieg niemand anders als England ist. Englands gefährdete wirtschaftliche Weltmachtstellung machte diesen Krieg notwendig. Diese nahezu in der ganzen Welt anerkannte Tatsache kann, nach Ansicht der britischen Machthaber, nur dadurch verdunkelt werden, daß Deutschland vor der Weltgeschichte als der allein Schuldige gebrandmarkt wird. Das Schuldanerkenntnis in dem von der deutschen Regierung unterzeichneten Friedensvertrage genügt dazu nicht, denn daß es nur erpreßt ist, weiß wiederum die ganze Welt. Es muß deshalb erst durch ein Gerichtsverfahren die große Weltläge vom Angriffskriege des preussischen Militarismus, unter dem Oberbefehl des Kaisers, verewigt werden. Diesem Zweck soll der Prozeß oder vielmehr die bereits im Friedensvertrage festgelegte Verurteilung Wilhelms II. dienen. Je härter das Urteil ausfällt, desto eher glaubt man also die Welt von der Schuld Deutschlands zu überzeugen. Der Schauplatz der Gerichtsverhandlungen soll der Tower sein. Wer je in seinen düsteren Räumen und vor dem blutgetränkten Tower-Hill gewandelt hat, der Richtstätte so vieler hervorragender Männer und Frauen der englischen Geschichte, der weiß daher, was England mit diesem Gerichtsverfahren bezweckt. Der britische Sadismus verlangt sein Opfer.

Rußland.

Die schwierige Lage der Bolschewisten in der Ukraine.

Der russische Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt im Morgenblatt vom 29. Juni 1919: Was die Regierung der Sowjetrepublik mit der Ukraine vorhat, ergibt sich deutlich aus einer Rede, welche der bekannte Petersburger Arbeiterführer Sorin im Stadttheater (seit nach Karl Liebknecht benannt) in Kiew gehalten hat. Er erklärte u. a.: Das Proletariat der Ukraine muß begreifen, daß die Arbeiter in St. Petersburg keine

Aust mehr haben, hungernde Wächter der Revolution zu spielen. Wir verlangen, daß ihr Ukrainer auch euer letztes Stück Brot mit uns teilt, und wenn ihr euch weigert, dann werden wir Verfortkommen und uns selber mit allem Nötigen versehen, und wenn uns das auch Tausende von Menschenleben kosten sollte.“

Was hat nun die ukrainische Sowjetregierung selber zustande gebracht? Abgesehen von der Errichtung eines Denkmals für den ukrainischen Nationaldichter Jewtschenko, welchen neben den Denkmälern von Karl Marx, Liebknecht, Swerdlow (des verstorbenen Vorsitzenden des allrussischen Komitees) steht, hat sie für die Ukraine nichts Besonderes getan. Es ist wahr, daß die Bevölkerung, welche sowohl hier wie anderwärts schon bald tiefer enttäuscht war über die Segnungen der bolschewistischen Regierungsweise, es ihr nicht gerade bequem gemacht hat. — Die wichtigsten Elemente der ukrainischen Bevölkerung sind der Bauern- und Mittelstand, und als diese ihre anfängliche Sympathie für die Bolschewiki verloren hatten, hatte die rote Regierung nur noch die Wahl zwischen Terrorismus und Nachgeben gegenüber den Wünschen von Bauern und Mittelstand. Sie wählte das Nachgeben, weil sie auf diese Weise ihren Hauptzweck, die Befreiung der Sowjetrepublik mit ukrainischem Getreide, am leichtesten erreichen zu können glaubte. Deshalb haben die Bolschewiki in der Ukraine von Zwangsmassregeln ab, welche sie in der Sowjetrepublik gegen die Bauern ergriffen. Sie haben keine hungrigen städtischen Arbeiter nach dem flachen Lande geschickt, um den Bauern ihr Getreide zu niedrigen Preisen wegzunehmen, und ebensowenig haben sie hier versucht, die Verwaltung der Dörfgemeinden in die Hände der „Bauernarmut“ (das ist die Organisation der Bauern, welche kein oder nur sehr wenig Land besitzen) zu legen. Sie ließen dagegen den Dingen ihren Lauf, wie sie waren; sie bezahlten den Bauern für ihr Getreide sehr hohe Preise, um sie zu größeren Erträgen anzuregen. Da aber das Geld in ganz Rußland fast wertlos geworden ist, und da den Bauern wenig daran gelegen ist, so begann die Sowjetregierung die noch vorhandenen Industrieprodukte den Bauern im Austausch für ihr Getreide zu geben. Das war zweifellos ein geschickter Schachzug, welcher das flache Land für die Bolschewiki hätte gewinnen können, wenn nicht gleichzeitig ein großer Fehler begangen worden wäre. Die rote Regierung hatte nämlich, sobald sie in der Ukraine ihren Einzug gehalten hatte, angefangen, alle Nationalisten aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen und Leute nichtukrainischer Nationalität (darunter viele Juden) an ihre Stelle zu setzen. Das erbitterte die Ukrainer im höchsten Grade, und bald konnte man überall hören, daß Fremde das Land regierten. Die internationalen Ereignisse trugen ebenfalls dazu bei, die Bolschewiki verhasst zu machen. Die Ukraine grenzt an Länder, welche Ansprüche auf ukrainisches Gebiet machen, so Polen auf Ost-Galizien und Rumänien auf Bessarabien. So haben die Bolschewiki nicht allein die Feindschaft eines großen Teiles der ukrainischen Bevölkerung die Spitze zu bieten, sondern auch auswärtigen Feinden, gegen welche sie unter Anstrengung aller Kräfte ein starkes rotes Heer organisiert haben.

Die Bolschewisten kämpfen also gegen die bemittelte Bevölkerung, sie kämpfen gegen den Bauernstand, gegen die Nationalisten, gegen Polen und Rumänien und gegen die gegenrevolutionären Banden von Grigorjew, Solotowski, Seleng und Radnos. Dann haben sie viel mit Görungen und Reutereien in ihrem eigenen roten Heere zu tun, welches beginnt des ewigen Bürgerkriegs müde zu werden. Um der Lage Herr zu werden, haben die Bolschewiki jetzt chinesische und koreanische Truppen nach Kiew gelegt.

Die Streiklage.

Keine Vermittlungsaktion im Straßenbahnerstreik.

□ Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Bureau.) Die Nachricht von der durch den Vollzugsausschuss eingeleiteten Vermittlungsaktion im Straßenbahnerstreik beim Reichsministerium hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Es haben sich allerdings Delegierte des Allgemeinen Transarbeiterverbandes aus rein privater Initiative zum Reichsminister begeben, um zu erklären, auf welche Weise der Streik gutwillig beigelegt werden könnte. Private Besprechungen sind ihnen auch zugelassen worden. Dennoch steht die Regierung auf dem Standpunkte, daß Vermittlungsaktionen völlig unmöglich sind, solange die Straßenbahner darauf verharren, den Schiedsspruch des ausruhenden Hauptausschusses nicht bedingungslos anzunehmen.

Drohende Verkehrskatastrophe in Sachsen.

□ Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Infolge des Bergarbeiterstreiks im Lausau-Deutscher Revier ist der Frischstoff Sachsen infolge völligen Kohlenmangels von einer Verkehrskatastrophe bedroht, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Es muß mit der völligen Einstellung des gesamten sächsischen Eisenbahnverkehrs jeden Tag gerechnet werden. Bis Freitagabend wird der gesamte Personenverkehr innerhalb Sachsens eingestellt werden, während der Güterverkehr nur noch in allergeringstem Umfang funktioniert. Leider steht zu befürchten, daß auch die Zwickauer Kohlenarbeiter in den Aufstand treten werden. Diesen war vor einiger Zeit eine Lohnerhöhung von 70 Prozent zugestanden worden, die ihnen jedoch nicht genügte. Verhandlungen auf der Grundlage neuer Zugeständnisse scheinen bevorzustehen. Sollte sich der Kohlenmangel nicht noch in letzter Stunde beheben lassen, so würde infolge des Stillstandes der Eisenbahn die gesamte sächsische Industrie völlig lahmgelegt werden und die Bevölkerung in die schlimmste Verlegenheit geraten.

□ Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) In Hannover sind gestern kleinere Zusammenstöße mit den Truppen erfolgt. Es hat zwei Tote und einige Verwundete gegeben. Heute ist wieder alles ruhig, doch ist sich eine starke Wählerarbeit der radikalen Elemente feststellen.

Deutsches Reich.

Schließung sämtlicher Dresdner Gastwirtschaftsbetriebe.

Seit Dienstag nachmittags 3 Uhr sind alle Gastwirtschaftsbetriebe in Groß-Dresden geschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtschaftsstellendenverbände hat den Streik proklamiert, worauf alle Betriebe sofort eingestellt worden sind. Diese tief einschneidenden Maßnahmen der Schließung der Betriebe, wozu die Gastwirte infolge der übermäßigen Forderungen der Angestellten und Bediensteten gezwungen worden sind, erstrecken sich nicht nur auf die Stadt Dresden, sondern auch auf die Vororte Vosskuh, Bismarck, Kadebeul, Köhlschroda bis zur Sektellerei einschließlich, ferner auf die Ausflugsorte rechts und links der Elbe bis hinauf nach Pillnitz. Der Schaden, den die Betriebe durch die Schließung erleiden, ist ein enorm großer, denn der gesamte Ausflugssport, der beim Ferienbeginn sich stark zu entwickeln pflegt, ist nunmehr lahmgelegt. Der Streik wird vermutlich auch auf die Orte der Sächsischen

